



## 10 C. Eingereichte Motion Bayard Paul (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Oktober 2018: Für eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik

Motionstext:

### **"Für eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Konzept für eine aktive und nachhaltige Boden- und Wohnbaupolitik zu entwickeln. Die Stadt soll künftig, bei sich bietenden Gelegenheiten, vermehrt als Käuferin von Grundstücken auftreten.*

*Immobilien im Besitz der Stadt sollen nur noch in Ausnahmefällen verkauft werden. Grundstücke aus dem Besitz der Stadt sollen Investoren nur im Baurecht überlassen werden.*

*Es könnte zum Beispiel ein Fond ins Leben gerufen werden, welcher eine einmalige Grundausrüstung aus allgemeinen Gemeindemitteln erhalten könnte und dessen Speisung zukünftig aus Baurechtszinsen und evtl, mit Mitteln aus der Mehrwertabschöpfung gespiesen werden könnte.*

*Begründung: Das Ziel der städtischen Boden- und Wohnbaupolitik muss die langfristige Sicherung grösserer Teile des Bodens für die Allgemeinheit, also die Bevölkerung der Stadt sein. Boden ist das einzige ökonomische Gut, das sich nicht vermehren lässt (im Gegensatz z.B. zum Kapital). Da das Angebot auch bei noch so hoher Nachfrage nicht gesteigert werden kann, funktionieren Marktmechanismen (Ausgleich von Angebot und Nachfrage) auf dem Bodenmarkt nicht. Die verbleibenden Teile aus dem Verkauf der Onyx-Anteile sollen möglichst wertvermehrend für die Allgemeinheit angelegt werden. Dabei ist Boden unbestritten das Gut, wo das ökonomische Risiko am Kleinsten ist.*

*Boden- und Wohnbaupolitik ist auch Familienpolitik*

*Der mit Abstand grösste Posten im Haushaltsbudget der Familie Schweizer sind die Wohnkosten. Je weniger man verdient, desto grösser ist der Anteil der Wohnkosten. Mit einem Anteil zwischen 20 und 40 Prozent liegt die Schweiz in Europa bei den Wohnkosten an der Spitze.*

*Boden- und Wohnbaupolitik ist auch Sozialpolitik*

*Die Ausgaben für Sozialhilfe steigen stetig. Im Moment belaufen sie sich in der Stadt Langenthal auf ca. 19 Millionen Franken (5100 ....) Gut 5 Mio Franken werden als Mietzuschüsse bezahlt. Die Stadt unterstützt also die Immobilienbesitzer jährlich mit über 5 Millionen Franken pro Jahr. Auch bei den Ergänzungsleistungen machen die Wohnzuschüsse den grössten Teil aus. Es handelt sich hier also um eine indirekte Subventionierung von privaten Gewinninteressen durch die Öffentlichkeit. Selbst die Landwirte sind heute Waisenknaben im Vergleich zu den (verdeckten) Subventionsbezügen der Immobilienbranche.*

*Was tun?*

*Hohe Wohnkosten verdrängen den Mittelstand. Hohe Mieten führen zu einer Umverteilung von Mietern zu Vermietern, d.h. von unten nach oben. Auch für KMU (Kreativbranche, Gewerbe mit geringer Wertschöpfung) ist es schwierig, in der Stadt Langenthal Gewerberäume zu finden. Die Strategie muss sein: Bodenrenten (Miete, Pacht, Verkauf- und Planungsgewinne) sollen geschmälert werden und, wo sie anfallen, sollen sie der Allgemeinheit zu Gute kommen."*

*Paul Bayard und Mitunterzeichnende*

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

<sup>1</sup> **Art. 36 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



# Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 29. Oktober 2018

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat